

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

31.7.1924 (No. 177)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Kreisprediger:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Amend  
Karlsruhe

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ansperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

### Das Schulproblem der mittleren Reife

Dieses für unser Bildungswesen außerordentlich wichtige Thema behandelt Stadtschulrat Dr. Sicking im Anschluß an die Voranschlagsberatung des Badischen Landtages in der „Neuen Bad. Landeszeitung“. Wir geben die Ausführungen im Auszug wieder:

Die unerfreulichen Begleiterscheinungen des früheren Berechtigungswesens veranlaßte die vom deutschen Lehrerverein erhobene Forderung nach seiner völligen Beseitigung. Die Verwirklichung des Gegenwärtigen aber, den Zugang zu bestimmten Berufen allen Anwärtern offen zu halten, die ihre Eignung durch tatsächliche Leistungen nachweisen, scheidet an der Unmöglichkeit einer Prüfung des schulmäßigen Wissens und Könnens durch die Behörden bei Einstellung der Bewerber. Daher hat das Reichsministerium 1921 bei den Ländern die Einführung eines einheitlichen Vorbildungsnachweises angeregt, der einerseits sich in den Rahmen eines organischen Schulaufbaues einfügen läßt, andererseits vermöge der Höhe und Geschlossenheit der zugrunde liegenden Bildung den Anforderungen einer großen Zahl von mittleren Berufen im Staats-, Gemeinde- und Privatdienst genügt. Die bis heute noch ausstehende abschließende Regelung kann angesichts des immer bedrohlicher werdenden unüberwindlichen Zustromes zu den höheren Lehranstalten nicht länger hinausgeschoben werden.

Die wirtschaftliche Not zwingt auch die Schule, auf die Erzielung der besten Leistung mit geringstem Aufwand an Zeit und Geld dringend Bedacht zu nehmen. Zwischen dem Angebot an Berufsanwärtern und dem Bedürfnis nach Berufsnachwuchs muß ein gesundes Verhältnis geschaffen werden. Die Wahl des Lebensberufes soll neben Begabung und Neigung auch die Erwägung des wirtschaftlichen Bedürfnisses nach Anwärtern entscheiden. Die Nichtbeachtung dieser Notwendigkeit führte zu einem übermäßigen Zufluß zu den höheren Schulen, dessen Folgen aber sind 1. eine Überproduktion von Anwärtern der geistigen Berufe und damit unwirtschaftlicher Aufwand öffentlicher und privater Mittel. 2. Zu später Eintritt wertvoller Menschkräfte in die produktive Arbeit. 3. Gehäufte Ernüchterung und deshalb Unzufriedenheit der durch ein tief eingewurzelt Vorurteil gegen wertvolle Berufe in eine falsche Schulbahn geratenen jungen Menschen. Das Beispiel Mannheims zeigt den ungeunden Zugang zu den höheren Schulen in grösster Beleuchtung. Die Zahl der Übertritte aus der Mannheimer Volksschule 1924 zeigt gegenüber 1923 eine Zunahme bei den Knaben von 20,73 Proz., bei den Mädchen 47,13 Proz., insgesamt von 29,2 Proz., gegenüber 1919 bei den Knaben von 72,09 Proz., bei den Mädchen von 178,2 Proz., insgesamt von 100 Proz. Dem ungeunden Auftrieb des höheren Schulwesens entspricht ein ebenso ungeundes Anschwellen der Besuchsziffer der Hochschulen. Das Sommersemester 1921 zeigt gegenüber dem Sommersemester 1914 bei den Universitäten eine Vermehrung von 41 Proz., bei den technischen Hochschulen von 83 Proz.

Seit Jahren schleppen die höheren Schulen einen ungeheuren Ballast von Schülern mit, die teils von vornherein nicht beabsichtigen, die höhere Schule bis zum planmäßigen Abschluß zu besuchen, teils der notwendigen Befähigung dazu ermangeln und deshalb vorzeitig abgeben. Diese Elemente belasten nicht bloß den Etat der höheren Schulen höchst unwirtschaftlich, sondern auch die bis zur vollen Anstrengung gesteigerte Kraftbetätigung der für den Bildungsgang der höheren Schulen innerlich berufenen. Sie selbst treten ins berufliche Leben, nachdem sie in der Schule einesteils vielerlei Wissen in sich aufgenommen haben, was sie in praktischen Berufen nicht gebrauchen können und deshalb raschstens vergeffen, andernteils noch mehr Wissen und Können nicht erworben haben, was eine ins Leben weisende Bildung fordert. Der unwirtschaftliche Leerlauf im Betrieb der höheren Schule sei durch einige Zahlen veranschaulicht. Nach dem Handbuch der preussischen Unterrichtsverwaltung für 1921 belief sich die Gesamtzahl der neu einmündigen höheren Lehranstalten Preussens auf 220 946. Die infolge des starken vorzeitigen Abgangs in der Verteilung auf 9 Stufen folgende Schülerpyramide darstellend: mit den 3 unteren Stufen sät die reichliche Hälfte (111 062), auf den 6 oberen noch nicht einmal die Hälfte (109 884), auf den 3 oberen ein Siebentel (34 778) in den abschließenden Spitzenklassen noch nicht ganz ein Einunddreißigstel der Gesamtzahl. Der stärkste Abgang zeigt sich nach dem

2., 3. und 4. Schuljahr. Welch kostbare Zeit haben diese Schulfähigen schändlich verban und welche Unsumme hat die Allgemeinheit für ungewinnmäßige Beschulung vergeudet!

Der einzige Ausweg aus diesem Mißstand besteht einerseits in der Verringerung des Zustromes zu den höheren Schulen, andererseits aber in der Schaffung zweckmäßiger und wohlfeiler Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Volksschule und der sich anschließenden Berufsschule für diejenigen, für die nach Grad und Art ihrer Gesamtbefähigung und nach Zahl und Art der vom Arbeitsmarkt geforderten Berufe der Lehrgang der höheren Schule Abweg, zum mindesten unwirtschaftlicher Umweg ist.

Der durch Volksschule und Berufsschule führende Weg zur mittleren Reife wäre bewußt und planmäßig auf das einzustellen, was an Denkschulung und positivem Wissen und Können für die in Betracht kommenden Berufe unerlässlich ist. Auf der vierjährigen Grundschule wäre ein vollentwickelter Volksschulbau einzurichten. In größeren Volksschulkörpern wären vom fünften Schuljahre ab für entsprechend begabte, strebsame Schüler und Schülerinnen gehobene Klassen mit erweiterten Lehrzielen vorzusehen und schrittweise dergestalt auszubauen, daß mit dem Abgangszeugnis die noch zu regelnden Berechtigungen der mittleren Reife, die den Bedürfnissen der mittleren Berufe und des praktischen Lebens entspricht, erworben werden können.

### Neue Krise in London

Die Franzosen haben in London einen Kompromißvorschlag über die wichtigsten strittigen Punkte eingereicht, der jedoch offensichtlich nicht den Beifall der Engländer und Amerikaner findet und auch deutscherseits als unannehmbar bezeichnet werden muß. Der Vorschlag beschäftigt sich mit der Sanktionsfrage, den Sachlieferungen und der Räumungsfrage.

Die Lage in London ist kritisch. Ein Zeichen dafür ist, daß gestern bereits Gerüchte über den Abbruch der Konferenz verbreitet waren. In Paris hat der amerikanische Staatssekretär Hughes nun doch politische Besprechungen gehabt. Hughes will übrigens am Sonntag nach Berlin kommen. Er wird sich zwei Tage aufhalten und hat die Absicht während seines Aufenthalts leitende Persönlichkeiten kennen zu lernen und sich über deutsche Verhältnisse zu orientieren. Man darf annehmen, daß der Berliner Besuch des Staatssekretärs — über den angegebenen Zweck hinaus — auch eingehenden Informationen bezüglich der schwebenden politischen Fragen, insbesondere der Zugangsehung des Dawesplanes gelten wird.

#### Der französische Kompromißvorschlag

W.W. London, 31. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zu der französischen Formel über eine schiedsrichterliche Entscheidung, die erste Kommission werde sich mit dem ersten Teil der Formel (Anerkennung innerhalb der Repto und des Dawesauschusses bezüglich der Frage eines deutschen Verzuges) befassen. Die dritte Kommission werde die beiden anderen Teile der Formel behandeln, nämlich den Verzug Deutschlands bei den Sachlieferungen und den Verzug bei den Transfers in bar. In erster Linie besage die französische Formel, daß, wenn die Repto einschließlich des amerikanischen ad hoc-Richtes keine Einigung betr. des angelegten deutschen Verzuges erreiche, sie ein Schiedsgericht von drei Personen bilden soll, von denen der eine ein Amerikaner ist, während die beiden anderen die Auffassung der Mehrheit bezw. Minderheit vertreten sollen. Wenn die Kommission hinsichtlich der Wahl der Schiedsrichter zu keiner Einigung gelange, sollen letztere durch den Präsidenten des Welt-Schiedsgerichtshofes im Haag ernannt werden.

Zweitens legt die französische Formel die Einrichtung eines neuen Systems von Sachlieferungen durch Deutschland über 1930 hinaus vor, sowie die von der deutschen Regierung einzugehenden Verpflichtungen betr. der Sicherheit pünktlicher Leistungen der deutschen Industriellen ohne unterschiedliche Behandlung der Alliierten. Falls eine der empfangenden Mächte sich benachteiligt fühlt, könnte die Repto durch einen einstimmigen Beschluß in Übereinstimmung mit der deutschen Regierung eine andere Entscheidungsinanz ernennen, die aus drei Mitgliedern, unter denen sich wiederum ein Amerikaner befindet, bestehen soll. Wenn es wiederum nicht zu einer Einigung innerhalb der Repto oder der Kommission und der deutschen Regierung kommt, wird der Präsident des Welt-Schiedsgerichtshofes im Haag einen Schiedsrichter ernennen.

In dritter Stelle erhält jede einzelne Macht, die in der Angelegenheit der Verzögerungen sich von dem Transferauschuss unfair behandelt glaubt, das Recht, ein ähnliches Schiedsgerichtsverfahren zu veranlassen.

Die Franzosen wollen dieser schiedsgerichtlichen Instanz sogar die doppelte Aufgabe übertragen, darüber zu entscheiden, ob seitens der deutschen Regierung oder einer finanziellen

Gruppe ein Mandat vorgenommen worden ist, um die Absichten des Transferauschusses zu Fall zu bringen, und zweitens, die notwendigen Maßnahmen zur Verhütung eines solchen Mandats zu ergreifen. Es müsse indessen betont werden, daß nach dem Sachverständigenbericht diese Funktionen Sache des Transferauschusses sind, so daß das in der französischen Formel vorgeschlagene Verfahren dem Dawesbericht widerspricht.

Der Berichterstatter bemerkt, daß sich die Kritik wahrscheinlich auf den letztgenannten Punkt konzentrieren wird. Die Verantwortlichkeit des Transferauschusses im Hinblick auf die Beschleifung der Welt sei so groß, daß in der Finanzwelt ernste Bedenken aufkämen, wenn die Entscheidung des Ausschusses durch ein Schiedsgericht abgeändert werden könnte. Eine Schwächung der Unabhängigkeit des Transferauschusses würde allzu gefährlich sein. Man könne erwarten, daß die Franzosen unter dem Druck ernster amerikanischer Vorstellungen ihre Formel abändern würden. Der Vorschlag der Franzosen laufe darauf hinaus, daß sie einen Tauschhandel vorschlagen. Sie machten England und den Bankiers in der Sache des Verzuges ein Zugeständnis, wollten sich aber das Recht der Berufung und Auslösung eines Schiedsgerichtes in Angelegenheiten, die ihre wichtigsten vitalsten Interessen berührten, vorbehalten. Ihre Vorschläge müßten sachlich geprüft werden.

Nach einer weiteren Meldung wird bezüglich der Räumung des Ruhrgebietes vorgeschlagen: Diese Räumung soll in drei Etappen je nach den deutschen Zahlungen erfolgen. Sind diese restlos geleistet so ziehen sich die französischen und belgischen Truppen völlig zurück. Sollte der Weltmarkt unfähig sein, die Obligationen nach dem Sachverständigenbericht aufzunehmen, so soll die Räumung im August 1926 erfolgen, vorausgesetzt, daß bis dahin die Reichsregierung die Bedingungen des Dawes'schen Planes erfüllt hat. Dabei setzen aber die Belgier und Franzosen voraus, daß die Engländer das Ruhrgebiet, wenn auch mit beschränkten Kräften, über den 10. Januar 1925 hinaus besetzt behalten und zwar bis zur völligen Räumung des Ruhrgebietes durch die französischen und belgischen Truppen.

### Politische Neuigkeiten

#### Zur Beilegung des deutsch-russischen Konflikts

die in der deutschen Presse zum Teil ungünstig beurteilt wird, bemerkt die „Zeit“, das Organ des Außenministers:

Bei den ganzen Verhandlungen stand die Frage der Exterritorialität der Handelsvertretung im Mittelpunkt der Erörterungen u. verkörperte das eigentliche politische Ziel der Russen. Sie gaben dabei zu erkennen, daß sie auch an die Unverletzlichkeit aller von der Handelsvertretung benutzten Räumlichkeiten dächten. Nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen war nicht zu bestreiten, daß die auf Grund des Abkommens von 1921 anerkannte Exterritorialität von 12 bis 16 Mitarbeitern der Handelsvertretung auch gewisse Auswirkungen auf ihren sachlichen und räumlichen Aktionsbereich zur Folge hat. Die Russen haben aber schließlich das Prinzip anerkannt, daß nicht die Institution als solche einer regelrechten diplomatischen Mission gleichgestellt, sondern nur ein Teil der Räumlichkeiten als unverletzlich abgegrenzt wird. Auch zwei andere russische Forderungen wurden erheblich eingeschränkt. Es wird keine Entschuldigungen bei der Regierung in Moskau ausgesprochen und keine Bestrafung aller beteiligten Beamten erfolgen, sondern nur in ganz allgemeiner Form eine Bestrafung der schuldigen deutschen Beamten in Aussicht gestellt. Auf einen wichtigen Punkt ist noch hinzuweisen: Die Russen haben stets versucht, die der Polizeiaktion vorausgegangene Episode, das Entweichen des Kommunisten Bogzenhardt, in der Diskussion nicht zu berücksichtigen. Trotzdem ist es gelungen, das ganze Verhältnis der Handelsvertretung zu den innerdeutschen Kommunistenbestrebungen mit in den Kreis der Regelung einzubeziehen und so der Regierung für die Zukunft eine ganz klare Basis zu geben, um bei der russischen Regierung gegen jede Verletzung der Handelsvertretung zu innerpolitischen Zwecken zu intervenieren.

Die Mitteilung, daß in Berlin das Protokoll unterzeichnet wurde, durch das der deutsch-russische Zwischenfall beigelegt wird, rief, wie die „Russ. Telegr. Agent.“ aus Moskau meldet, in politischen und Handelskreisen der Sowjetunion große Begeisterung hervor. In diesen Kreisen wird angenommen, daß von jetzt an eine Belebung in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern eintreten wird.

Die russische Handelsvertretung in Berlin hat laut „D. Allg. Zeitung“, ihre Tätigkeit wieder in vollem Umfang aufgenommen.

#### Deutschland und der Garantepakt

Der Völkerbund hatte den Entwurf eines Vertrages über gegenseitige Unterstützung der deutschen Regierung zur Stellungnahme überhandt. Das Auswärtige Amt hat diesen Entwurf einem Gremium von Sachverständigen zur Begutachtung unterbreitet, das sich aus den Professoren Hoehsch, Knas, Kahl, Ministerialdirektor z. D. Kriege, Prof. Weimke, General a. D. Graf Montgelas, Reichsminister a. D. Schäfer und Prof. Schüding zusammensetzte. Die Sachverständigen haben ihre Auffassung in einer Denkschrift vom 5. Juli dargelegt, die nunmehr, wie schon kurz gemeldet, vom Auswärtigen Amt dem Generalsekretariat des Völkerbundes mit dem Hinzufügen mitgeteilt wurde, daß die Reichsregierung sich die Ausführungen der deutschen Sachverständigen zu eigen mache.

Der Entwurf geht aus von dem uneingeschränkten Verbot des Angriffskrieges. Darüber hinaus gestattete der Entwurf, daß der allgemeine Vertrag durch Sonderbündnisse zwischen einzelnen Vertragsstaaten oder einzelnen Mächtegruppen ergänzt wird. Die deutschen Sachverständigen erklären ein solches System für ungeeignet, das angestrebte Ziel der allgemeinen Sicherheit der Staaten und der dadurch ermöglichten Mäßigungsbeschränkungen zu erreichen. Von besonderer Bedeutung ist der von der Denkschrift geführte Nachweis, daß Deutschland angesichts seiner völligen Entwaffnung in eine unmögliche Lage geraten würde, wenn es in einem bewaffneten Konflikt zwischen anderen Staaten auf Grund der Entscheidung des Völkerbundes seine Neutralität aufgeben und sich an kriegerischen Maßnahmen beteiligen müßte. Die Denkschrift beschränkt sich indes nicht auf negative Politik, sondern macht in großen Zügen auch positive Vorschläge.

Dabei wird u. a. ausgeführt: Nur ein organischer Ausbau, nicht ein äußerlicher Ausbau verspricht Erfolg; nicht eine Häufung von Verträgen und Abmachungen neben dem Völkerbundsvertrag, sondern eine vertiefte Ausgestaltung tut not. Diese Ausgestaltung kann nicht in der Richtung erfolgen, daß man Gewalt lediglich durch Gewalt gewaltsam beschaffen, daß man ihr das Recht entgegenstellt. Man verbiete eine gewaltsame Ausprägung von Streitigkeiten und eine gewaltsame Durchsetzung vermeintlicher Ansprüche schlechthin. Man schaffe neben dem für reine Rechtsstreitigkeiten bestimmten Weltgerichtshof eine Schlichtungsinstanz für politische Konflikte. Man gebe beiden Stellen das Recht und die Pflicht zum Erlass einseitiger Verfügungen zum Zweck des Schutzes des Besitzes, insbesondere auch gegenüber angeblich kriegerischen Besetzungen eines fremden Staatsgebietes. Vor allem mache man für alle Staaten die Abrüstung obligatorisch. Man sorge endlich dafür, daß die berechtigten Wünsche der Bevölkerung wegen einer Verichtigung der Grenzen auf dem Wege des geordneten Rechtsverfahrens ihre Lösung finden, denn die Entwicklung steht nicht still. Wer den Wunsch hat, sie nicht in gewaltsamen Eruptionen vor sich gehen zu lassen, darf nicht den ausichtslosen Versuch machen, sie in den Zustand der Erstarrung zu versetzen der schließlich doch gesprengt werden würde. Auch Deutschland brauchte alsdann nicht zu zögern, in die Gesellschaft im Völkerbund und den vereinigten Nationen selbstverständlich unter der Voraussetzung der vollen Gleichberechtigung einzutreten.

### Kurze Nachrichten

**Die Lage der Reichsbahn.** Der Reichsverkehrsminister hat den ständigen Ausschuss und den Reichseisenbahnrat zu einer Sitzung auf den 5. August, vormittags im großen Sitzungssaal des Potsdamer Personenbahnhofes in Berlin zusammenberufen. Gegenstand der Tagesordnung ist die allgemeine Aussprache über die finanzielle Lage der Reichsbahn, die künftige Gütertarifpolitik, sowie Einzelfragen.

**Die Durchsuchungen im Reichstag.** Der Staatsgerichtshof in Leipzig hat die Ablehnungsgesuche gegen den Landgerichtsvizepräsidenten Bogt für unbegründet erklärt und die Beschwerden gegen die Durchsuchung der Bulle der Kommunisten im Reichstag und Landtag verworfen.

**Der 8-Stundentag.** Die Frage der Herbeiführung eines Volkseinstandes über das Washingtoner Abkommen betr. den Achtstundentag, ist, wie aus Berlin gemeldet wird, nach wie vor der Gegenstand von Verhandlungen innerhalb der Gewerkschaften. Heute wollen die Vorstände des Gewerkschaftsbundes und der Hirsch-Dunderbergschen Gewerkschaften sich mit der Frage beschäftigen. Auch die Christlichen Gewerkschaften dürften sich in den nächsten Tagen in Besprechungen mit dieser Frage beschäftigen.

**Die Eisenbahnverhandlungen mit Bayern.** Wie mehrere Blätter aus München melden, sind die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über die Eisenbahnfrage zu keinem Ergebnis gelangt. Reichsverkehrsminister Dr. Cser und Reichsfinanzminister Dr. Luther sind wieder nach Berlin zurückgekehrt.

**Der „Stahlhelm“ und die Nationalsozialisten.** Nach einer Mitteilung des „Stahlhelms“ wird die Vereinigung an den im Anschluss an den Reichsparteitag der nationalsozialistischen Freiheitspartei in Weimar am 17. August veranstalteten öffentlichen Kundgebung nicht teilnehmen. Der „Stahlhelm“ lehne es ab, bei Veranstaltungen politischer Parteien mitzuwirken.

**Eine „rote Frontkämpfertruppe“.** Nach einer Meldung aus Halle soll dort gestern von der kommunistischen Partei eine

„rote Frontkämpfertruppe“ gegründet worden sein, die sich über ganz Deutschland ausbreiten soll.

**Die Verfassungsfreier im besetzten Gebiet.** Die Rheinland-Kommision hat, wie aus Mainz gemeldet wird, angeordnet, daß am 11. August die öffentlichen und privaten Gebäude in den Reichsgebieten schwarz-rot-gold und in den hessischen Gebieten schwarz-weiß-rot gezieret werden. Erlaubnis zu öffentlichen Versammlungen und Umzügen kann erteilt werden, wenn diese vorher angezeigt worden sind.

**Amnestierecht der Regierung Herriot.** Der französische Senat hat beschlossen, entsprechend dem Antrag der Kommunisten der Regierung ein beschränktes Amnestierecht einzuräumen. Der Antrag wurde angenommen gegen Zusicherungen, daß im Laufe des Septembers der Amnestieentwurf, den die Kammer angenommen hat, dem Plenum zur Beratung vorgelegt wird.

**Die deutsch-französischen Handelsbeziehungen.** In der französischen Kammer hat der reaktionäre Abg. Le Mire eine Anfrage über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland gestellt dahingehend, ob Vorbereitungen dazu getroffen seien, daß Frankreich gegen die Überschneidung mit deutschen Waren gewappnet sei, wenn Deutschland im Januar 1926 seine Zollfreiheit wiedererwinne. Handelsminister Mannabüch erteilte, die Regierung beschäftige sich schon seit langem mit dieser Frage.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

Fortsetzung der Staatsberatung

DZ. Karlsruhe, den 30. Juli 1924.

Nachmittags-Sitzung

Die Tribüne ist voll besetzt.

Abg. Gurlacher (Ztr.) beschwert sich über das Versagen des Hensprachbetriebs bei Brandfällen auf dem Schwarzwald. Er beantragt Erhöhung des Beitrages an den Bad. Verkehrsverband auf 5000 M., trägt Wünsche bezüglich des Landesfolgebades vor und erklärt sich gegen die Einrichtung staatlicher Lehrwerkstätten. Die Not beim Handwerk sei gerade so groß, wie bei anderen Ständen. Die Regierung möge sich besonders der Kleinrentner annehmen.

Die folgende Rede des Abg. Klüber bringt die Fortsetzung des Kampfes zwischen Landbund und Zentrum.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) teilt die Auffassung des Ministers hinsichtlich der Regimentsfeier. Er setzt sich dann in scharfer Weise mit dem Vordredner auseinander und bezeichnet die Landbündler als deutschnationale Wahlfelzer.

Abg. Wüller (D.Vp.) wünscht eine lokale Handhabung der Bestimmungen gegenüber den Kameradschaftlichen Veranstaltungen.

Abg. Witemann (Ztr.) verzichtet aufs Wort.

Abg. Müderl (Soz.) hält es für ein Urding, den proletarischen bäuerlichen Erbtögen durch den Schutzoll helfen zu wollen. Die Verteuerung der heimischen Produktion würde unsere Konkurrenzfähigkeit noch mehr steigern und damit das Meer der Arbeitslosen um weitere Hunderttausende vergrößern. Zu den Kommunisten gewendet, spricht der Redner unter deren lebhaften Widerspruch von Befensverwandtschaft mit den Faschisten.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

In der Einzelberatung passieren eine Reihe von Positionen ohne Debatte.

Abg. Ritter (Komm.) bezweifelt die Beschlussfähigkeit des Hauses.

Dem ist nicht so, nachdem die Anwesenheit von 47 Abgeordneten festgestellt wird.

Abg. Freudenberg (Dem.) möchte die zweite Stelle für die wirtschaftliche Vertretung in Berlin beibehalten wissen.

Berichtshatter Abg. Dr. Schmidt-Karlsruhe, wie auch der Minister machen darauf aufmerksam, daß der Beratung eines zweiten höheren Beamten nichts entgegensteht sofern sich ein Bedürfnis herausstellt. Die Position wird nach dem Vorschlag des Ausschusses genehmigt.

Bei Titel Polizei findet Abg. Frau Strauß (Dem.) lobende Worte für diese Institution, die abgesehen von der Sicherung von Ruhe und Ordnung, auch auf kulturellem Gebiete eine vielseitige verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen habe.

Bei der Position Aufsichtsbekörbe entspinnt sich eine längere Auseinandersetzung über die Statuten des Befehlsgewerks. Daran beteiligen sich die Abg. Fohleing (Dem.), Dr. Wiedner (Dem.), Behrle (Ztr.), Rieger (Ztr.) und Daeber (Soz.), sowie Minister Kemmel.

Die Staatsberatung wird dann unterbrochen zur Beratung eines dringlichen Gesetzentwurfes über

Bürgschaften des Landes Baden für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen,

an Genossenschaften des Handwerkes und an Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine).

Es handelt sich um einen Gesamtbetrag von 7½ Millionen Goldmark und zwar zugunsten der Bad. Landw. Hauptgenossenschaft in Karlsruhe und der Zentral-Bezugs- und Absatz-Genossenschaft, des Bad. Bauernvereins in Freiburg je bis zu einem Betrage von 1½ Millionen Goldmark, zugunsten der Zentrale der Landwirtschaftlichen Lagerhäuser A. G. in Karlsruhe bis zu dem Betrage von 500 000 Goldmark, sowie zugunsten von Handwerker-Genossenschaften und von Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine) bis zu dem Betrage von je 2 Millionen Goldmark.

Abg. Marum berichtet über die Ausschussberatung.

Nach einigen Bemerkungen der Abg. Schön (Dem.) und Weishaupt (Ztr.), sowie des Ministers wird die Vorlage in beiden Lesungen einstimmig angenommen.

Eingezogen ist ein Zentrumsantrag der sich gegen die Präzedenz aus dem Branntweinmonopol richtet.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Dr. Föhr, Weishaupt und Klüber zur Schwedenreise.

Das Haus verläßt sich dann auf Donnerstag vormittag 8 Uhr. Schluß 7/8 Uhr.

\* DZ. Karlsruhe, 31. Juli.

(Vormittags-Sitzung).

Im Anschluss an Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung der Geschäftsordnung schied es fast, als läme es zu einer Präsidentenreise. Wenigstens hatte Präsident Dr. Baumgartner gestern nachmittag seinen Abgeordnetenrat eingenommen und die Leitung der Verhandlungen dem Vizepräsidenten überlassen. Auch in der Zentrumsfraktion wurde der Vorkall, der sich gelegentlich eines Antrages auf Schluß der Debatte zutrug, besprochen. Die Angelegenheit hat sich inzwischen in Wohlgefallen aufgelöst; denn die heutige Vormittags-Sitzung wurde wieder vom Präsidenten Dr. Baumgartner eröffnet. Abg. Kaiser, Heibelberg gab die Erklärung ab, daß die getriggen Unstimmigkeiten durch eine Aussprache zwischen den Beteiligten behoben worden seien.

Abg. Gebhard (Landbund) verlas eine Erklärung, welche Bezug nimmt auf eine Rede, die Abg. Weishaupt anlässlich der Studienreise der Landwirtschaftskammer nach Schweden gehalten hat. Es entspannen sich erregte Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Landbund, wobei Abg. Dr. Schöfer es als eine Spitzbüberei bezeichnete, daß man den Reifeteilnehmer Weishaupt in solcher Weise in Schweden beipflichtet habe. Man habe sogar private Äußerungen des Herrn Weishaupt nachsteuographiert. — Abg. Weishaupt (Zentr.) erklärte auf das bestimmte, daß er sich so nicht ausgesprochen habe, wie ihm unterstellt werde. Auf Zentrumsseite sprach noch der Abg. Dr. Föhr, auf Landbundsseite der Abg. Gebhard.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde in der

Voranschlagsberatung

bei Hauptabteilung III — Ministerium des Innern — fortgefahren. Das Haus stimmte dabei der neu eingefügten außerordentlichen Anforderung von 30 000 Mark für Weisungen an die vom Hochwasser schwer heimgesuchten Orte Pfellingen und Rindlingen zu. Auch erklärte man sich mit einem zinslosen Darlehen von 20 000 Mark an die Gemeinde Pfellingen einverstanden. Die Ausgaben für Polizei und Gendarmen wurden nach kurzen empfehlenden Worten der Abg. Frau Strauß (Dem.) gegen die Stimmen der Kommunisten (die bekanntlich sämtliche Positionen getriggen wissen wollten) bewilligt.

Die Anforderungen für das Polizeiliche Arbeitshaus veranlagte die Abg. Frau Strauß (Dem.) zum Vorbringen verschiedener Wünsche, hauptsächlich baulicher Natur. Beim Titel VIII — Geil- und Pflegenstellen — vertrat Abg. Raufsch (Soz.) die Anliegen des Personals in bezug auf Arbeitszeit, Vereinfachungsdiens, Nachwachen usw.

Minister Kemmelte sagte Prüfung und eventuelle Abhilfe der Beschwerden zu.

Abg. Rieger (Zentr.) kritisierte die Besetzung der Direktorstelle in Reichenau durch einen Nichtbader und wünschte, daß bei Anstellung von Stenographen überhaupt den Interessen der badischen Landesfinder Rechnung getragen wird.

Abg. Unger (Komm.) betonte die Notwendigkeit einer Erhöhung der Zuschüsse an die Geil- und Pflegenstellen.

Abg. Raufsch wies gewisse Anwürfe der Korrdnerin auf die Sozialdemokratie zurück.

Innenminister Kemmelte: Aber die Notwendigkeit der Polizei und Gendarmen braucht man sich jetzt nicht mehr zu unterhalten. Die komm. Partei unterhält heute noch illegal Sonderclubs und Stoftrupps. Sie kann vom Staate nicht

## Die 13. Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes in Karlsruhe

In gedrängter Fülle folgten in den Tagen vom 24. bis 26. Juli Vorträge, Führungen und gesellschaftliche Veranstaltungen aufeinander und gaben den Teilnehmern der von Niemenschmid geleiteten, von Dr. Stord und Dr. Mousfang vorbereiteten Werkbundtagung eine Menge von Eindrücken und Anregungen mit auf den Weg. Mit besonderer Spannung hatte man dem Vortrag von Hugo Borch, Direktor an den Borch-Werken in Stuttgart entgegengeesehen, handelte es sich doch um ein Thema, das weder mit den Aufgaben kunstgewerblicher, noch kunstindustrieller Produktion etwas zu tun hatte, sondern weiter hinausführte in ein Grenzgebiet ästhetischer, ethischer und sozialpolitischer Probleme. Unter der Überschrift: „Mechanisierte Industriearbeit muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Kultur gefährden“, wurde die Frage aufgeworfen, ob und wie weit nach völliger Mechanisierung aller Produktion der Arbeitnehmer noch imstande sein wird, sein Leben zu gestalten und zu formen, und — nach eingehender Schilderung des amerikanischen Fabrikbetriebes — kommt der Vortragende, der den erwähnten Prozeß als einen unausbleiblichen und wünschenswerten ansieht, zu dem Resultat, daß durch hierbei mögliche Steigerung der Löhne Kürzung der Arbeitszeit und ihre Folgen für die Bewegungsfreiheit des einzelnen nur gewonnen werden kann. In den freien Stunden des Tages muß dem Arbeiter durch Spiel und Sport, durch Vorträge und Leseballen Gelegenheit gegeben werden, Geist und Körper zu bilden, und es wird dadurch ein Ausgleich geschaffen gegenüber der Eintönigkeit der gewissermaßen „atomisierten“ Erwerbstätigkeit.

In äußerst geistvoller und formvollendetem Vortrag nahm der zweite Hauptredner der Tagung, Unterrichts-

minister Dr. Hellpach am darauffolgenden Tag (Samstag) Stellung gegen die hier ausgesprochene Trennung von Arbeit und Bildung. Er spricht über „die Erziehung der Arbeit“, ihre Gestaltung, ihre Schulung und hält fest an der Forderung, daß Arbeit Lebensinhalt in ethischem Sinne bleiben muß, ein Begriff, der zur Zeit der Reformation aufgefunden ist. Sinnvoll und sittlich soll sie wieder mit dem Menschen verknüpft werden, die Arbeitsfreude muß wieder belebt werden, das ethische Prinzip der Arbeit ist dem der Atomisierung und Rationalisierung überzuordnen. Wenn auch die Auswahl des einzelnen zu seiner Tätigkeit auf Grund der spezifischen Begabung berechtigt ist, so muß doch die Ausbildung, die Schulung hinzutreten, und es wird daran erinnert, wie oftmals das unter Schwierigkeiten Erlernte die größten Erfolge gezeitigt hat. Auf der Fachschule soll der junge Arbeiter nicht nur Kenntnisse erwerben, die sich auf seine künftige Erwerbstätigkeit beziehen, sondern er erhält auch Unterricht in Sprachen, Staatskunde und Religion.

Auf ein anderes Gebiet führte der öffentliche Abendvortrag von Dr. Haniel über das Thema „Was kann heute der Spielfilm?“ Es wurden Bruchstücke aus verschiedenen, z. T. technisch trefflichen Filmwerken gezeigt, die aber die Mehrzahl der Zuschauer schwerlich davon überzeugen konnten, daß dem Kino „künstlerische“ Bedeutung zukomme; bedauerlicherweise war die Zeit soweit vorgeschritten, daß die Diskussion nach der Meinungsäußerung eines Fürsprechers abgebrochen werden mußte und eine Demonstration in ablehnendem Sinn nicht mehr zustandekam; immerhin bot sich zu Beginn der letzten (Samstag-)Sitzung für Dr. Riegler (Stettin) Gelegenheit zu einigen treffenden Bemerkungen in diesem Sinne.

Von den übrigen Veranstaltungen sei zunächst die Ausstellung der Karlsruher Majolikamanufaktur hervorgeho-

ben, die zeigte, wie hier Arbeit im Geiste des Werkbundes geleistet wird; eine kleine Schrift Dr. Mousfangs, die den Teilnehmern auf dem von dem gleichen Unternehmen im Stadtgarten präsentierten See überreicht wurde, gab in kurzen Worten Aufschluß über Werdegang und Ziele der Manufaktur. Jedenfalls war es ein großer Gewinn, die gegenwärtige Produktion in ausgezeichneten Proben kennen zu lernen, von den einfachen, unglasierten und nur mit Reliefschmud verzierten Tonplatten bis zu den leger Originalmajoliken Max Längers. Edelste Sandwerkstoffe bieten die in Glöhar und Form so reizvollen Gefäße und Tierplastiken Königs, die farfarbigen Bauferramen von Sped und die Seilgenfiguren, die Gotke in Anlehnung an barocke Andachtsbilder mit feinem künstlerischem Gefühl entworfen hat.

Einen Einblick in das reiche und vielseitige Schaffen der Goldschmiedekunst unserer Zeit bietet eine Ausstellung, die mit Erzeugnissen der „Korzhheimer Werkkunst“ und der dortigen Kunstgewerbeschule in der Landesgewerbehalle veranstaltet worden ist. Wie in den fürstlichen Sammlungen der Renaissance begegnen hier in kunstvoller Verarbeitung die verschiedensten Arten von Metallen, daneben Eisenblech, Ebenholz, Halbedelsteine und vor allem köstliche Emailen, die bald figürlichen Schmuck zeigen, bald mit abstrakten, durch keine Stege getrennten Farbstreifen dekoriert sind. Eine gewisse Einheitlichkeit im Ornament berechtigt von einem modernen Stil zu sprechen.

Über die Tätigkeit der Karlsruher Landeskunstschule belehrte ein Vortrag von Prof. Württemberg mit darauffolgender Führung durch die Werkstätten für Graphik, dekorative Kunst und Innenarchitektur im ehemaligen Museumsgebäude; Werke der Bildhauerklassen sind im Eingangssaal aufgestellt, während auf der mittleren Galerie Gelegenheit geboten ist, die Wirksamkeit der Mei-

verlangen, daß er seine Polizei abschafft, damit es jene leichter haben. Was die Besetzung der Direktorstelle in Reichenau anlangt, so liegt kein Anlaß zur Beunruhigung vor. Es spielten dabei verwaltungstechnische Gründe mit. Wir hoffen, künftig im allgemein gewünschten Sinne verfahren zu können.

Es sprachen noch die Abg. Dr. Glodner (Dem.), Fischer-Reichenheim (Landb.) und Frau Richter (Dnt.), die es begrüßen, daß keinerlei Klagen über irgendwelche Mißstände zutage getreten sind.

Abg. Bock (Komm.) bestritt, daß es in Baden organisierte Hundertschaften und Stoßtrupps gebe; aber er wünschte, sie wären da.

#### Minister Kemmle

bemerkte, die Betätigung der kommunistischen Partei in Baden sei harmlos. Denselben zu wollen, wie es eben der Abg. Bock tat, daran kann doch niemand glauben. Es sei an die bereits abgeurteilten Sprengstoffdiebstähle erinnert. Wenn Sie (die Kommunisten) in Baden auf dem Gebiete der Hundertschaften augenblicklich dankbar sind, so ist dies doch kein Beweis, daß Sie nicht grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen und den Versuch gemacht haben. Der Minister erinnerte ferner an die Aufhebung der kommunistischen Kampfpunkte im Reichstag, die sich auch über Baden erstreckten. Die Kommunisten seien es gewesen, die den ursprünglich wirtschaftlichen Kampf im Wiefental ins politische Bahngewässer überleiteten.

Nachdem Abg. Seubert (Ztr.) Wünsche des weiblichen Pflegepersonals vorgebracht hatte, griffen die Abg. Bösch (Soz.) und Bock (Komm.) den politischen Baden wieder auf, trotz des nahenden Einweises des Reichstages, daß die beherrschten Dinge mit dem Titel Heil- und Pflegeanstalten in sehr losem Zusammenhang stehen.

Nach solcher Abweisung vom eigentlichen Thema schritt das Haus zur Genehmigung der angeforderten Summen. Bei der Position Landesheilmannschaft bemängelte die Abg. Frau Siebert (Ztr.), daß nach dem Vertrag mit dem Bad. Frauenverein nur Schwestern vom roten Kreuz zur Aufstellung kommen sollen. Sie trat ferner für die Annahme des Antrages auf Vorlage eines Heilmanngesetzes ein, ferner für Verfertigung erwerbsfähiger Heilmanninnen.

Minister Kemmle lenkte das Augenmerk auf eine vor kurzem satzungsgemäß sachärztliche Besprechung des Heilmannwesens und stellte eine gesetzliche Regelung für den kommenden Winter in Aussicht.

Die Anforderung wurde dann bewilligt und dem Vertrag mit dem Bad. Frauenverein mit Mehrheit zugestimmt.

Ohne Debatte passierte Titel X — **Waldanlagen** —. Eine neueingeführte Position betrifft den **Ankauf des Landesforstbades Dürreheim** um 90 000 M. und bauliche Herstellungen dafelbst, die mit 20 000 M. veranschlagt sind.

Eine längere Aussprache knüpfte sich an Titel XI — **Eisenwesen** —. Hierzu hatten sich 13 Redner gemeldet. Es handelte sich vornehmlich um den Wunsch aus bäuerlichen Kreisen, die für den Eigengebrauch bestimmte Waage von der Nachprüfung frei zu lassen.

Der Minister wandte sich dagegen mit dem Hinweis auf das Reichsgesetz. Es könne nur in Frage kommen, nachzuprüfen, ob und in welchen Gegenden rigoros verfahren wurde. Verschiedene Abgeordnete pflichteten dem Minister bei.

Ein Landtagsantrag auf Verlängerung der Fristen für die Nachprüfung wurde zurückgezogen, nachdem der Minister nochmals auf die reichsgesetzlichen Bestimmungen hingewiesen und erklärt hatte, daß die Frage zur Zeit beim Reiche anhängig ist.

Die Anforderung selbst wurde genehmigt. Ohne wesentliche Debatte passierte Titel XII — **Gewerbe und Handel** —.

Es folgte der Budgettitel — **Landwirtschaft und Ernährung** — wogegen eine Reihe von Anträgen vorlagen.

Der Präsident ermahnte das Haus, nicht in eine allgemeine Landwirtschaftsdebatte zu verfallen.

Abg. Gebhardt (Landb.) hält es für falsch, berufständische Körperschaften wie die Landwirtschaftskammer nach dem System der Verhältniswahl zu wählen. Dann liege gerade die Gefahr der Politisierung. Die schon bestehende Obsterwerbsanstalt hätte infolge politischer Einflüsse, die nicht auf Landbundsseite lägen, um ein Spottgeld verkauft werden müssen und die Errichtung eines **Tabakforschungsinstituts** auf dem Lehrgut Jorckheim sei durch ebensolche Einflüsse bereitet worden. Der Redner schloß dann die volkswirtschaftliche Bedeutung der **Saatzgutanstalt Rastatt** für die Steigerung der Erträge durch Anbau bodenständischer Sorten. Er bat um Zu-

weisung der erforderlichen Mittel, um das Institut auf die volle Höhe zu bringen. Der Regierung werde darüber eine Denkschrift zugehen. Sehr im argen liege in Baden noch der **Wiesenbau**. Auf diesem Gebiete habe sich die Kammer im Interesse der Viehzucht angenommen. Auf die **Geotierzucht** habe man leider nur wenig Einfluß. Die Milchproduktion zu heben sei nicht in dem wünschenswerten Maße möglich, solange die Beraterinäre dieses Gebiet für sich allein in Anspruch nehmen und die Landesökonomie ausschließen. Die Züchtungs- und Leistungsfrage gehörten zusammen.

Die allgemeine Lage der Landwirtschaft kennzeichnete der Redner mit dem Wort „trostlos“. Eine rationelle Ausnutzung der Bodenflächen sei nur möglich, wenn hierzu der Anreiz in einem guten Preis gegeben sei. Fülle seien der schwierigen Erhebung der Umsatzsteuer immer noch vorzuziehen. Die Befürchtungen von Verbrauchssteuern trafen nicht zu.

Der Präsident wiederholte eindringlich seine Mahnung, sich in der Aussprache Beschränkung aufzuerlegen, nachdem die Fragen der Landwirtschaft und Jolle schon ausgiebig behandelt worden seien.

Abg. Weishaupt (Ztr.) würde es für besser halten, wenn an der Spitze der Landwirtschaftskammer eine neutrale Persönlichkeit stände; es sei denn, daß der Abg. Gebhardt seine Stellungnahme gegen die Regierung und politischen Parteien bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mäßigt. Wenn die Landwirtschaftskammer objektiv arbeite, so wird sie stets die Unterstützung der landwirtschaftlichen Organisationen und auch des Landtags finden.

Abg. Seubert (Ztr.) begründete einen Antrag, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dagegen Stellung zu nehmen, daß die verfehlte Politik der **Brandweinmonopolverwaltung** zum Ausgangspunkt einer Beeinträchtigung der Rechte der badiischen Kleinbrenner gemacht wird.

Abg. Dörr (Landb.) gab seiner Gemüthung Ausdruck, daß das **Weinbauinstitut** in Freiburg erhalten blieb. Der spanischen Konkurrenz sei durch den Qualitätsweinbau zu begegnen und hierzu bedürfe man der Unterstützung durch die Wissenschaft. Auch müsse alles getan werden, um im Herbst den **Ostfahrgang** zu fördern. Hier gilt es gleichfalls Qualitätsware zu züchten, um gegenüber der ausländischen Einfuhr leistungsfähig zu sein. Dazu sei eingehende Belehrung notwendig. Natürlich müsse man das Augenmerk auch auf einen angemessenen Preis richten.

Nach persönlichen Bemerkungen vertagte sich das Haus auf nachm. 3.30 Uhr.

Schluß der Vormittags-Sitzung nach 1 Uhr.

#### ★

#### Anträge

Die Sozialdemokraten haben einen Antrag eingebracht, worin sie eine Statistik über die **Konturfe** in Baden wünschen.

#### Zur Aufhebung des Arbeitsministeriums

Der **Badische Beobachter** hat in der heutigen Nummer 205 1. Blatt einen Artikel „Eine seltsame Geschichte“. Vom Justizminister wird festgestellt, daß hinsichtlich der vom **Badischen Beobachter** besprochenen Angelegenheit ein Feststellungsverfahren gegen einen Oberregierungsrat seines Geschäftsbereichs eingeleitet ist.

#### Reichskredit zur Bergung der Ernte

Aus dem Reichskredit zur Bergung der Ernte wurde der **Badischen Landwirtschaftskammer** ein Teilbetrag zur Weiterleitung an die größeren und mittleren Landwirte Badens, welche nicht genossenschaftlich organisiert sind, zur Verfügung gestellt. Kleinere, dem Genossenschaftsverband oder dem **Bad. Bauernverein** angehörende Betriebe, erhalten zu denselben Bedingungen **Erntekredite** von den **Vorkontrollen** ihrer Organisationen und müssen sich dorthin wenden.

#### Kommunale Rundschaue

Die **Mannheimer Indexziffer** beträgt 11815 Milliarden. Da am 23. Juli die Indexziffer 11041 Milliarden betrug, ist vom 23. — 30. Juli eine Erhöhung um 5,8 Proz. eingetreten. Legt man die **Geldmarktpreise** zugrunde, so ergibt sich nach den Preisen vom 30. Juli die **Geldmarkindexziffer** 1162 (1913/14 gleich 100) gegen 1104 am 23. Juli. Die Steigerung ist in erster Linie auf die Erhöhung der **Wohnungsmiete** zurückzu-

#### Preisauschreiben für künstlerische Anjallbilder

Im Anschluß an eine frühere Pressenotiz sei darauf hingewiesen, daß der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung in Berlin NN 6, Luisenstraße 33, die Preisausgaben jetzt veröffentlicht hat. Den Bewerbern werden folgende Aufgaben für Entwürfe vorgelegt:

- a) „meide den Gefahrenkreis des Wagners“;
- b) „Bewende Schutzvorrichtungen an Kreisfägen“;
- c) „Trage bei der Arbeit an Maschinen nur eng anliegende Kleidung“.

Es bleibt dem Künstler überlassen, ob er alle drei Aufgaben lösen will oder nur zwei oder eine von ihnen, oder ob er für dieselbe Aufgabe mehrere Lösungen einreichen will. Da das Ausschreiben einen praktischen Zweck verfolgt, ist für die Preisurteilung die künstlerische Gestaltung nicht ausschließlich maßgebend; es muß vielmehr gefordert werden, daß die künstlerische Darstellung außerdem

- 1. technisch richtig ist,
- 2. das Wesentliche des dargestellten Vorganges in leicht faßlicher Weise herausarbeitet,
- 3. dem Empfänger des deutschen Arbeiters angepaßt ist.

Es bleibt dem Künstler überlassen, ob er die Lösung einer Aufgabe will, in zwei oder in einer Reihe von Bildern geben will, die jedoch sämtlich im Rahmen eines Blattes zusammengefaßt werden müssen. Auch bleibt ihm überlassen, ob und welchen erläuternden Text er seiner Darstellung beifügt oder in sie hineinarbeiten will. Falls auf einen Text verzichtet wird, so ist ein entsprechender Raum vorzusehen, in welchem etwa notwendig gegebene Erläuterungen aufgenommen werden können.

Die Größe des Entwurfs bleibt dem Künstler überlassen; es muß aber berücksichtigt werden, daß die Vervielfältigung in der Größe von 42 auf 52 Zentimeter erfolgt. In der Wahl der Technik (Pinself, Punktstift, Kohle usw.) und in der Art der Darstellung (ein- oder mehrfarbig, rellamebildmäßig oder nicht) hat der Künstler völlig freie Hand.

Die Entwürfe sind in der üblichen Art spätestens bis zum 15. September 1924 bei der Reichsarbeitsverwaltung in Berlin NN 6, Luisenstraße 33, einzureichen.

Dem Preisrichterkollegium gehören an: Käthe Kollwitz, Bruno Paul, Emil Rißel, O. S. W. Sabant, Dr. Redelob, Dr. Richter, Dr. von Borst, Leipart, Stegerwald, Hartmann, Michels, Dr. Schäfer, Dr. Strup.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß der Zweck des Preisauschreibens nicht der allein ist, eine beschränkte Zahl brauchbarer Bilder zu erhalten, sondern es soll damit auch ein Weg gefunden werden, geeignete Künstler auszuwählen, denen fertilaufende Aufträge erteilt werden können.

führen; außerdem haben die Preise für Schweinefleisch, Käse, Fett, Salzheringe und Zucker angezogen. Andererseits wurde bei der Gruppe Bekleidung, sowie beim Gemüse ein Preisrückgang festgestellt.

Der städt. **Voranschlag von Bruchsal** wurde in der Bürgerausschussung genehmigt. Oberbürgermeister Dr. Meißner betonte, daß die Ausgaben auf das äußerste Maß beschränkt werden müßten, da die Umlage für 1924/25 auf 64 Pf. für Grundvermögen und 96 Pf. für Betriebsvermögen festgelegt werden mußte, liege mit an dem geringen Einkommensteueranteil vom Reiche. Der Hauptvoranschlag mit einer Ausgabe von 1 696 430 M., 1 160 020 M. Einnahme und dem durch die obengenannte Umlage aufzubringenden ungedeckten Aufwand von 436 410 M. wurde gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt.

Zur **Bürgermeisterwahl in Offenburg** nachdem der sozialdemokratische Bürgermeisterkandidat Dr. Lehmann, Amtmann zwecks zugestimmt. Jedoch behält sich der Bürgerausschuss in Karlsruhe, seine Kandidatur für den zweiten Bürgermeisterposten in Offenburg zurückgezogen hat und nachdem der Termin für eine weitere Annahme verstrichen ist, dürfte nunmehr die Bürgermeistereiwahl im August vor sich gehen können. Sozialdemokratischer Kandidat ist Gerichtsassessor Walter Blumenstock aus Billinger, der von dieser Partei als Nachfolger Dr. Bürgers vorgeschlagen wird.

Der **Bürgerausschuss Neustadt** nahm in seiner letzten Sitzung den städtischen Voranschlag, der eine Erhöhung des Umlagefußes auf 50 Pf. vorsieht, mit allen Stimmen außer den Kommunisten an.

Der **Bürgerausschuss Waldkirch** hat prinzipiell der Aufnahme einer Anleihe bis zu 100 000 M. durch die Stadt zu Wohnzwecken die näheren Aufnahmebedingungen zur Beschlußfassung vor.

**Gründung eines Verkehrsvereins in Offenburg**. Am Montagabend wurde in Offenburg ein Verkehrsverein ins Leben gerufen. Für die nächste Woche ist eine große Versammlung geplant, um auch die weitere Bürgererschaft Offenburgs für diesen neuen Verein zu interessieren. Als Referent soll Verkehrsleiter Dufner-Freiburg gewonnen werden.

#### Kurze Nachrichten aus Baden

Aus dem Kirchendienst der **Ev. Landeskirche**. Von der Kirchenregierung wurden beauftragt **Bitar** Gg. Urban in Forstheim als Pfarrer in Spöck, Pfarrer Karl Walter in Lutschfelden als Pfarrer in Mannheim (Friedenskirche, Südpfarrrei), Pfarrer Karl Bender in Donaueschingen als Pfarrer in Mannheim (Friedenskirche, Nordpfarrrei). Ferner wurde Pfarrverwalter Karl Müller in Gortsweyer zum Pfarrer dafelbst ernannt. Zur Übernahme des evang. Schulheims in Freiburg wurde Pfarrer Otto Kaiser in Eimeldingen beurlaubt.

**Theologische Prüfungen**. Die 1. evang. theologische Prüfung im Späthjahr beginnt am 20. Oktober, die 2. am Montag den 2. November d. J.

**DZ. Wiesloch, 30. Juli**. Ein **Maroffaner** der Besetzung von Speyer hat sich hier eingefunden. Er will dezentriert sein, weil seine Dienstzeit, entgegen den französischen Vorschriften, immer weiter ausgedehnt wird. Ein Lastauto, das den Maroffaner unterwegs traf, brachte ihn hierher.

**DZ. Baden-Baden, 30. Juli**. **Hermine Prinzessin Neuf**, die zweite Gemahlin des ehemaligen Kaisers Wilhelm II. und Prinzessin Karl Friedrich von Hessen sind zum Kuraufenthalt in Baden-Baden eingetroffen und im Hotel Stephanie abgestiegen.

**DZ. Freiburg, 29. Juli**. In Verbindung mit der landwirtschaftlichen Ausstellung, die, wie bekannt, im Verband der landwirtschaftlichen Verbände in der Zeit vom 15. bis 19. Oktober d. J. in der Kunst- und Festhalle hier stattfinden soll, wird auch ein **Zuchtweihnacht** abgehalten werden. Von Seiten der Stadt Freiburg wird zu diesem Zweck dem Verband mittelbadischer Zuchtgenossenschaften ein Beitrag von 5000 Mark zur Prämierung von Tieren zur Verfügung gestellt werden, auch ist die Stadt bereit, die Kosten der Verfertigung des Plakates usw. zu übernehmen, vorbehaltlich der Beteiligung des Kreises Freiburg und der Zustimmung des gemischten beschließenden Ausschusses.

#### Handel und Wirtschaft

##### Berliner Devisennotierungen

	31. Juli		30. Juli	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	160,10	160,90	160,10	160,90
Kopenlagen 100 Kr.	67,53	67,87	67,58	67,92
Italien - 100 L.	18,10	18,20	18,10	18,20
London - 1 Pf.	18,44	18,53	18,42	18,51
Newyork - 1 D.	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris - 100 Fr.	20,95	21,05	21,00	21,10
Schweiz - 100 Fr.	77,61	77,99	77,46	77,84
Wien 100 000 Kr.	5,90	5,92	5,92	5,94
Prag - 100 Kr.	12,40	12,46	12,39	12,45

Sutellung überall 100 Prozent

**Karlsruher Börse (30. Juli 1924)**. Die Marktlage ist analog den auswärtigen Börsen fest, doch greift der Konsum nur zögernd ein. Weizen (alt) 22,50—22,75, Roggen (alt) 17,25—18, Gerste 18,50—19, Hafer 16—16,75, Mais ohne Sack 17—17,50, Weizenmehl Mühlenerforderung 33,75—33 G/M, Weizenmehl zweithändig ist bis zu 1,50 M. billiger anzukommen. Roggenmehl Mühlenerforderung 27,75—27,25 G/M, Roggenmehl zweithändig ist bis zu 0,50 M. billiger. Weizen- und Roggenfuttermehl 13—13,75 G/M. Spezialfabrikate entsprechend teurer. Malzkeime 10,75—11,50, Viertreber 10,50—11 G/M. — **Raufuttermittel** unverändert. Lofes Weizenheu, gut, gesund, trocken 6,25—6,75, Luzerne 7,25 bis 7,75, Weizen-Roggenstroh drahtgepreßt 4—4,50 G/M., alles per 100 Kilo Mehl und Mühlenerfabrikate mit, Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe. — **Abteilung Weine und Spirituosen**. Weine: Situation unverändert. Bei festen Preisen geringe Kaufneigung. Spirituosen: Neutrale Branntweine bei anziehenden Preisen gesucht, alle anderen Spirituosen lustlos. — **Abteilung Kolonialwaren**: Tendenz fest.

**Der Großhandelsindex**. Die auf den Sonntag des 29. Juli berechnete **Großhandelsindexziffer** des statist. Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 23. Juli (114,6) im wesentlichen unter dem Einfluß der wieder anziehenden Getreidepreise auf 118,5 oder um 3,5 Proz. gestiegen.

#### Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat August noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** besorgen, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

terlehrer für Malerei an teilweise schon ausgereiften Schülerarbeiten kennen zu lernen und die verschiedenartigen Richtungen der vier Gruppen miteinander zu vergleichen. Einige Arbeiten der Textilklassen, Entwürfe zu Glasmalereien und ein fertig eingerichtetes, durch seine Raumwirkung befriedigendes Zimmer bilden im obersten Geschloß den Abschluß des Rundgangs.

Nur im Vorübergehen können diesmal erwähnt werden die Ausstellungen **Karlsruher Künstler bei Moos**, die kräftigen Landschaftsbilder pfälzischer Künstler im **Kunstverein** und die sehr beachtenswerten Gemälde des **Chepaars Joho bei Sebald** — wo auch allerlei treffliche Keramiken der gleichnamigen Werkstätten zu sehen sind — und wir möchten schließen mit dem Hinweis auf eine Veranstaltung, die den Teilnehmern der Werkbundtagung einen Künstler aus Karlsruhe's Vergangenheit, **Friedrich Weinbrenner**, näher bringen will. Insbesondere die Auswärtigen werden mit Freude die durch die **Kunsthalle** gebotene Gelegenheit ergreifen, Eindrücke vom Schaffen des großen Meisters im Städtebau, die ihnen im Rundgang durch die Stadt vermittelt hat, zu vertiefen durch das Studium der hier vorübergehend vereinigten Pläne und Entwürfe. H.

**Dr. W. N. Valentiner**, ein geborener Karlsruher, und Sohn des Direktors der Heidelberger Sternwarte, erhielt einen Ruf nach **Detroit (Michigan)** als Direktor an das dortige Museum. Er war vor dem Krieg mehrere Jahre hindurch Direktor am **Metropolitanmuseum** in Newyork.

**Städt. Konzerthaus**. Heute Donnerstag und morgen Freitag finden die letzten Aufführungen des erfolgreichen **Nobelsingels „Des Königs Nachbarin“** von Leon Jessel statt. Am Samstag gelangt zum ersten Male die **Operettenneuheit „Nahame Kompadour“** von Leo Fall zur Wiedergabe, es geschieht in der **Titelrolle Fräulein Kees** vom **Metropoltheater** Berlin. Weiter sind noch beschäftigt in den Hauptrollen die Damen **Kunze** und **Reidler**, sowie die Herren **Gebhardt**, **Moll**, **Patriot**, **Steidl** und **Strasser**. Leiter der Aufführung ist Direktor **Steffert**; die musikalische Leitung hat **Kapellmeister Müll**.

**Verschiedenes**

**Die Elektrifizierung der südbayerischen Bahnen**  
 Im Kraftwerke des Walchenseewerks „Oberbayern“ werden zurzeit weitere Generatoren für Drehstrom, der der allgemeinen Elektrizitätsversorgung im Bayernwerk dient, aufmontiert. Auch die Montage der vier Generatoren für Einphasenstrom ist im Gange. Der Einphasenstrom soll der Elektrifizierung der Eisenbahn dienstbar gemacht werden. Bis zum Oktober rechnet man mit der Inbetriebsetzung des elektrischen Betriebes der Strecke München—Garmisch; als nächste Strecke sind die Linien München—Regensburg, München—Herrsching und München—Mim in Aussicht genommen.

**Eine Erfindung zur Feststellung von Kohlenvorkommen**  
 Mit einem von dem deutschen Geologen Dr. Mintrops erfundenen Apparat werden, wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Bochum meldet, zurzeit im niederländisch-limburgischen Kohlenbergbau erfolgreiche Untersuchungen nach Kohlenvorkommen angestellt. Es handelt sich um einen seismographischen Apparat, der durch Dynamitexplosionen in gewisser Bodentiefe verursachte Erdschütterungen registriert. Die durch den Apparat photographisch aufgenommenen und zugleich graphisch registrierten Erschütterungen werden nach einem Schlüssel berechnet. Das Resultat ergibt die Lage der Kohlenvorkommen. Die Forschungen mit dem Apparat, die die Seismogeseellschaft in Hannover unter Aufsicht des Geologischen Instituts für den niederländischen Bergbau zur Errechnung der Lage über den Kohlenfeldern des limburgischen Steinkohlensfeldes unternommen hat, haben durchaus günstige Ergebnisse gezeitigt. Infolge der zufriedenstellenden Resultate hat die Staatsbergwerksdirektion der Seismo-Gesellschaft die Untersuchung der Kohlenfelder der Staatsbergwerke Hendrik und Marcuis übertragen. In den geologischen Kreisen der Niederlande sowie in der niederländischen Presse schreibt man der Erfindung Dr. Mintrops eine umwälzende Bedeutung zu. — Der Erfinder weilt zurzeit in den Vereinigten Staaten, um mit seinem Apparat Forschungen nach Erdölvorkommen anzustellen.

**Bücheranzeige**

**Die Qualitätsarbeit. Ein Handbuch für Kaufleute, Industrielle, Gewerbetreibende.** Von Günther Frhr. von Rechenmann. Frankfurt a. M. 1924. 120 S. 1.20 M. (Kl.)  
 In keiner Zeit ist der Ruf nach Qualitätsarbeit mit solcher Eindringlichkeit und Einmütigkeit erhoben worden wie in der Gegenwart. Die führenden Männer der deutschen Wirtschaft betonen bei allen sich bietenden Anlässen, daß die Weltgeltung der deutschen Ware nur durch die Hebung ihrer Qualität wiederhergestellt werden kann, wodurch allein die Abhängigkeit vermehrt, dadurch wiederum die Produktion gesteigert und die Arbeitslosigkeit verringert würde. Die geforderten Qualitätsleistungen sind aber nur ausführbar, wenn sich der Wille zu ihnen mit klaren Vorstellungen über den Weg verknüpft, auf dem sie erreicht werden können. Diese Klarheit vermittelt das vorliegende Buch. Es vermag dies, da der Verfasser selbst mitten im praktischen Leben steht und den ganzen Komplex der mit der Qualitätsarbeit verbundenen sozialen, ethischen, organisatorischen, technischen und politischen Fragen von Grund auf beherrscht. Dem Theoretiker und dem Praktiker, dem Kaufmann und dem Industriellen, dem Erzeuger und dem Verbraucher ist in dem Buche der Führer erkunden, dessen jeder in der heutigen Lage unserer deutschen Wirtschaft bedarf.

**Staatsanzeiger**

**Bekanntmachung**

**Sammlungen.**  
 Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Woblfahrtspflege (Reichsgesetzblatt Seite 143) und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) wird dem Badischen Landesverein vom roten Kreuz in Karlsruhe, Stefanienstraße 74, zum Westen seiner eigenen Woblfahrtsleistungen

ungen und Anstalten — nicht auch zugunsten allgemeiner Woblfahrtszwecke — die Genehmigung zur Veranstaltung von Woblfahrtswochen im badischen Staatsgebiet für die Zeit vom 20. August bis 20. September 1924 erteilt. Innerhalb dieser Zeitspanne ist an jedem Orte eine Woche hindurch das Sammeln von Geldspenden durch Zeitungsaufrufe, öffentlichen Aufruf und mündliche Werbung (auch von Haus zu Haus) durch Mitglieder-Vereine zugelassen. In Straßensammlungen und öffentlichen Kundgebungen bedarf es der Genehmigung der Ortspolizeibehörden.

Karlsruhe, den 28. Juli 1924.  
 Der Minister des Innern.  
 Kemmle

**Bekanntmachung**

Mit Entschliebung vom 24. April 1924 wurde die Vereiniung der absonderlichen Gemarkung Haibach mit der Stadt Pforzheim (Amtsbezirk Pforzheim) mit Wirkung vom 1. April 1924 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtswirksam.  
 Karlsruhe, den 26. Juli 1924.

Der Minister des Innern  
 Kemmle

**Bekanntmachung**

**Die Erhebung der allgemeinen Kirchensteuer**

Auf Grund des Landeskirchensteuergesetzes vom 30. Juni 1923 hat die Katholische Kirchensteuervertretung in ihrer Sitzung vom 7. Mai 1924 beschloffen, daß zur Bestreitung der allgemeinen kirchlichen Bedürfnisse im badischen Anteil der Erzdiözese Freiburg für die Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 an allgemeinen Kirchensteuern:

- a) von je 1 P.M. der für das Jahr 1923 gezahlten Grund- und Gewerbesteuer 0,1 P.Pfg.,
- b) von je 1 P.M. Einkommensteuer für 1922 0,05 P.Pfg. erhoben werden.

Dieser Abschluß ist durch Staatsministerialentschliebung vom 18. Juni 1924 staatslich genehmigt worden.

Karlsruhe, den 29. Juli 1924.  
 Der Minister des Kultus und Unterrichts  
 Dr. Hellpach

**Bekanntmachung**

**Die Benennung der Oberschule II in Freiburg i. Br.**

Der Oberschule II in Freiburg wird im Einverständnis mit dem Stadtrat daselbst die Benennung „Neuburg-Oberschule“ beigelegt.

Karlsruhe, den 22. Juli 1924.  
 Der Minister des Kultus und Unterrichts  
 J. B.: Schmidt

**Staatsprüfung für den mittleren bahn- und tiefschiffahrtstechnischen Dienst**

Die nachgenannten haben die im Juli 1924 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren bahn- und tiefschiffahrtstechnischen Dienst bestanden und gemäß § 8 der durch Staatsministerialentschliebung vom 18. Februar 1922 abgeänderten landesherrlichen Verordnung vom 4. September 1895 die Bezeichnung „staatslich geprüfter Baumeister“ erlangt.

- Brunner, Georg aus Allmannsdorf, Böhle, Hermann aus Gottmadingen, Burch, Franz aus Karlsruhe, Ebert, Heinrich aus Karlsruhe, Ramberg, Otto aus Freiburg, Marx, Willi aus Karlsruhe, Meinger, Friedrich aus Karlsruhe, Pfeiffer, Albin aus Pfalz, Scheer, Ludwig aus Ottersweier, Schöner, Josef aus Steinach, Seitz, Rudolf aus Karlsruhe, Steinbach, Viktor aus Karlsruhe, Wäsch, Adolf aus Rodenau.

Karlsruhe, den 28. Juli 1924.  
 Der Minister der Finanzen  
 J. B.: Sammet

**Personeller Teil**  
**Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.**

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern**

**Ernannt:**

Wachmeister Camill Hub in Mannheim zum planmäßigen Polizeiwachmeister, Maschinenmeister Sidor Heizmann bei der Heil- und Pflegeanstalt Alzenau zum Bausekretär.

**Verfetzt:**

Bezirksarzt Franz Mayer in Oberkirch nach Offenburg, Bezirksarzt Dr. Julius Scheifele beim Badischen Viehwirtschaftsverband nach Oberkirch, Amtmann Albert Peter an das Bezirksamt Mannheim.

**In den einstweiligen Ruhestand versetzt:**

Polizeisekretär Georg Kling in Heidelberg, Polizeiwachmeister Adam Stein in Pforzheim.

**Auf Ansuchen entlassen:**

Gendarmeriewachmeister Hermann Blum in Müllheim, Verwaltungsobersekretär Max Wiedemann von Karlsruhe, Polizeiwachmeister Heinrich Pape in Karlsruhe.

**Justizministerium**

**Zugelassen:**

Die Rechtsanwälte Anno Ebel in Bernsbach beim Landgericht Heidelberg, Dr. Ernst Neubauer in Mannheim beim Landgericht Freiburg, Wilhelm Ruchmann, bisher in Pfalz, beim Amtsgericht Baden unter Aufrechterhaltung seiner Zulassung beim Landgericht Karlsruhe; die Regierungsassessoren Dr. Gerhard Hoffel und Dr. Hans Huber beim Landgericht Heidelberg; Gerichtsassessor Josef Schweizer beim Amtsgericht Donaueschingen und beim Landgericht Konstanz.

**Ernannt:**

Die Kanzleisekretäre Karl Schindl beim Landgericht Mosbach und Fritz Fischer beim Notariat Ettenheim zu Justizassistenten.

**Verfetzt:**

Justizobersekretär Josef Grundel beim Amtsgericht Bruchsal zur Direktion der Strafanstalten daselbst.

**Zurückgesetzt:**

Amtsgehilfe Anton Widenfelder beim Amtsgericht Karlsruhe bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

**Ministerium des Kultus und Unterrichts**

**Zurückgenommen:**

Versetzung des Verwaltungsobersekretärs Anno Weigner beim Kreis Schulamt in Mosbach an jenes in Freiburg, Versetzung des Verwaltungsobersekretärs Richard Dyr beim früheren Kreis Schulamt Bahr an jenes in Mosbach unter gleichzeitiger Versetzung deselben an das Kreis Schulamt Freiburg.

**Verliehen:**

Dem Privatdozenten Dr. Friedrich Baethgen an der Universität Heidelberg die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität Heidelberg, dem Privatdozenten Dr. Nicolai von Wubhoff und Dr. Friedrich Kraus an der Universität Heidelberg die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität, dem Privatdozenten Dr. Ernst Wähle an der Universität Heidelberg die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität Heidelberg.

**Arbeitsministerium**

**Entnommen:**

Professor Dr. Wilhelm Decke an der Universität Freiburg als nebenamtlicher Direktor der geologischen Landesanstalt daselbst (auf Ansuchen).

**Ministerium der Finanzen**

**Ernannt:**

Finanzinspektor Dr. Otto Wittmann zum Ministerialrechnungsrat beim Finanzministerium.

**Licht- und Kraftversorgung Wiesloch e. G. m. b. H.**  
**Bilanz für den 31. März 1924.**

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
An Grundstücke	704 851.—	Per Geschäftsguthaben	22 000.—
„ Verwaltungsgebäude	20 890 224 921 199.73	„ Eintragsgelder	3 000.—
„ Betriebsanlagen	10 181 474 390 515 704.66	„ Hypotheken	25 000.—
„ Außenstände und Bankguthaben	96 029 670 000 000 000.—	„ Laufende Schulden	17 828 580 000 000 000.—
„ Kassenbestand	2 525 680 000 000 000.—	„ Bauzuschüsse	3 248 121 591 292 799.55
„ Hinterlegte Sicherheiten	82 373.62	„ Rückstellungen	5 000 000 075 966 670.—
„ Waren-Vorräte	9 405 200 000 000 000.—	„ Hinterlegte Sicherheiten	77 373.62
	118 162 914 616 224 129.01	„ Refervefond	11 311 620 000 000 000.—
		„ Abschreibungsfond	6 954 243 014 088 955.84
		„ Erneuerungsfond	24 216 500 000 000 000.—
		„ Amortisationsfond	2 250 000.—
		„ Wertberichtigungs-Konto	8 500 000.—
		„ Gewinn- und Verlust-Konto	
		Vortrag aus dem Vor-	
		jahr	3 646 128.71
		Reingewinn f. 1923/24	49 603 849 920 342 201.29
			118 162 914 616 224 129.01

**Gewinn- und Verlust-Rechnung für den 31. März 1924.**

Sol.	
An Betriebsausgaben	176 382 855 490 908 903.86
„ Zulassung zum Refervefond	11 311 619 998 264 496.92
„ Abschreibungsfond	6 954 243 012 593 626.98
„ Erneuerungsfond	45 246 532 404 069 614.46
„ Reingewinn für 1923/24 einjäh. Vortrag aus dem Vorjahr	49 603 849 923 988 330.—
	289 499 100 829 724 972.22

Haben.	
Per Gewinn-Vortrag aus dem Vorjahr	3 646 128.71
„ Betriebsmaßnahmen	270 664 047 642 262 664.44
„ Zinsen	1 972 876 006 320 936.—
„ Überschuß auf dem Waren-Konto	16 862 177 177 495 243.07
	289 499 100 829 724 972.22

**Goldmark-Eröffnungs-Bilanz per 1. April 1924.**

Vermögen.	
An Grundstücke	593.—
„ Verwaltungsgebäude	25 000.—
„ Betriebsanlagen	305 713.64
„ Außenstände und Bankguthaben	96 029.67
„ Kassenbestand	2 525.68
„ Hinterlegte Sicherheiten	2.—
„ Warenvorräte	9 405.20
	439 269.19

Verbindlichkeiten.	
Per Geschäftsguthaben	2 279.10
„ Hypotheken	3 750.—
„ Laufende Schulden	17 828.58
„ Bauzuschüsse	33 389.64
„ Sicherheiten	1.—
„ Rückstellungen	24 970.—
„ Refervefond I	39 091.91
„ Refervefond II	83 550.56
„ Abschreibungsfond	180 588.05
„ Erneuerungsfond	24 216.50
„ Überschuß	49 603.85
	439 269.19

**Mitgliederzahl, Geschäftsanteile und Kasssummen.**

	Anzahl	Geschäftsanteile	Kasssummen
Stand am 1. April 1923	45	22 500.—	90 000.—
Zugang	—	—	—
Abgang	1	500.—	2 000.—
Stand am 31. März 1924	44	22 000.—	88 000.—

Wiesloch, den 26. Juli 1924. Der Vorstand.

**Herrenstoffe**  
**Herrentuchhaus**  
 Herrenstraße 22

**Metallbetten**  
 Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Sulz (Thür).  
**Detektiv- u. Privat-Nachkuntel**  
 „Mannheim“  
 O. G. 6. 6.  
 Planen 5. 47  
 Fernspr. 3305  
 A. Maier & Co., G. m. b. H.

**Konkursverfahren.**  
 X.146. Konfuz. Über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Badent in Konstanz wurde heute am 28. Juli 1924, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
 Konkursverwalter: Regierungsrat a. D. Dr. Hell in Konstanz, Scheffelsr. 3. Konkursforderungen sind bis zum 6. September 1924 bei dem Amtsgericht Konstanz anzumelden.  
 Gläubiger-versammlungstermin: 23. August 1924, vormittags 10 Uhr.  
 Prüfungstermin: Samstag, den 20. September 1924, vormittags 10 Uhr.  
 Konstanz, 28. Juli 1924  
 Badisches Amtsgericht I.

Druck G. Braun, Karlsruhe.